

DISKUSSIONSPAPIER

DIGITALE ZIVILGESELLSCHAFT FÖRDERN

WIE POLITIK UND VERWALTUNG DIE
DIGITALISIERUNG DES DRITTEN SEKTORS
UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

Executive Summary

Gemeinnützige Stimmen sind im gesellschaftlichen und politischen Diskurs rund um die Veränderungen durch neue Technologien unterrepräsentiert. Prominentestes Beispiel hierfür ist der Digitalrat der Bundeskanzlerin, in dem zivilgesellschaftliche Expertise fehlt. Gleiches gilt aber auch für viele Expert:innenworkshops, die rund um Themen der neuen Technologien in den Ministerien geführt werden.

Für einen sozial und ökologisch nachhaltigen digitalen Wandel sind Politik und Verwaltung darauf angewiesen, eng mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Denn nur in einem fortlaufenden Zusammenspiel unterschiedlicher Perspektiven können Risiken neuer Technologien für unsere Gesellschaft und für unsere Umwelt minimiert und Chancen bestmöglich genutzt werden. Allerdings hat die Zivilgesellschaft gerade selbst mit den digitalen Veränderungen zu kämpfen und braucht dabei Unterstützung.

In Politik und Verwaltung wächst das Interesse am Austausch mit Expert:innen aus der Zivilgesellschaft. Deshalb adressiert dieses Papier insbesondere politische Entscheidungsträger:innen mit ersten Ideen, wie gemeinnützige Akteure unterstützt und besser beteiligt werden können.

So vielfältig wie die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Akteure ist, so vielfältig sind auch ihre Förderbedürfnisse. Die skizzierten Ideen betreffen die Förderpolitik, das Gemeinnützigkeitsrecht, die strategische Organisationsentwicklung sowie Weiterbildung und Wissensaustausch. Besonders wichtig ist aus unserer Sicht die Unterstützung derjenigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich bereits eine Stimme im politischen Diskurs erarbeitet haben und die wiederum anderen Organisationen dabei helfen können.

Eine starke Zivilgesellschaft braucht auch eine starke Einbindung in politische Willensbildungsprozesse. Hilfreich dafür wären mehr Transparenz über politische Prozesse und öffentliche Daten, verbesserte Konsultationsverfahren sowie mehr Expert:innen aus dem Dritten Sektor in beratenden Gremien. Zu lange fristeten netzpolitisch engagierte Akteure ein Nischendasein. Für eine gewinnbringende Zusammenarbeit ist es zentral, sich gegenseitig in Lern- und Austauschräumen auf Augenhöhe zu begegnen und sich gemeinsam auf die Suche nach Ideen für einen sozialen und ökologischen digitalen Wandel zu machen.

Dieses Diskussionspapier will einen Prozess anstoßen, dessen nächste konkrete Schritte sein könnten:

1. Zusammenarbeit über Ministerien hinweg stärken.
2. Diskussion über Förderpolitik mit Förderempfängern führen.

3. Bei der Weiterentwicklung von Konsultationsverfahren die zu beteiligenden Akteure einbeziehen.
4. Die Idee eines sektorübergreifenden Förderfonds testen und weiterentwickeln.

Danksagung: Ich danke allen Teilnehmenden an unserem Workshop sowie den vielen Expert:innen, die in zahlreichen Gesprächen den Entstehungsprozess des Diskussionspapiers kritisch und konstruktiv begleitet haben. Die vertretenen Meinungen und Positionen des vorliegenden Papiers sind die der Autorin und der Kooperationspartner und geben nicht notwendigerweise die Meinung der Expert:innen wider. Besonderer Dank gilt den Kooperationspartner:innen Michael von Winning (Robert Bosch Stiftung), Ralph Müller Eiselt (Bertelsmann Stiftung) und Wiebke Gülcibuk (PHINEO AG).

Die Partner: Der vorliegende Diskussionspapier ist Teil eines Gemeinschaftsprojekts von Robert Bosch Stiftung, der Bertelsmann Stiftung, der Stiftung Neue Verantwortung und PHINEO AG. Im Januar 2019 erschien der Report „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“.

Einleitung

Neue Technologien verändern nicht nur Wertschöpfungsketten und Wettbewerbsdynamiken, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Allerdings ist es bisher vor allem die Wirtschaft, die in einem engen Austausch mit der Politik steht, um Ideen einzubringen und den digitalen Wandel zu gestalten. Kaum zu vernehmen und dementsprechend einflussarm sind hingegen gemeinwohlorientierte Stimmen in der politischen Debatte darüber, welche Rahmenbedingungen und Regeln für die Digitalisierung in Deutschland gelten sollen.

Dabei ist es eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, eine kritische Haltung gegenüber den Entscheidungsinstanzen in Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung einzunehmen. Zivilgesellschaftliche Akteure agieren oft im Sinne des Gemeinwohls. Sie streben nach sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe und verfolgen dabei nachhaltige Lösungen. „Dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen darüber hinaus deutlich bürgernäher agieren als Politik oder Wirtschaft, macht sie potentiell zu einem zentralen Akteur und Vermittler in der Debatte um den digitalen Wandel in unserer Gesellschaft.“¹

Doch Unternehmen stehen stark unter Druck, sich mit durch die Digitalisierung veränderten Geschäftsmodellen auseinanderzusetzen. Das hat dazu geführt, dass sich Unternehmen im Vergleich zu zivilgesellschaftlichen Akteuren deutlich früher und mit mehr Nachdruck in die politische Debatte über den Einsatz neuer Technologien eingebracht haben. Bereits 1999 schlossen sich die Unternehmen der digitalen Wirtschaft im Digitalverband Bitkom² zusammen, um gemeinsam Forderungen und Ideen in den politischen Prozess einzubringen. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen näherte sich dagegen beispielsweise erst 2018 in Form seiner mehrtägigen Jahreskonferenz, dem sogenannten Stiftungstag, den gesellschaftlichen Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung.

Seit Jahren finden also politische Prozesse zur Gestaltung der Digitalisierung weitgehend ohne die Expertise und Perspektiven der Zivilgesellschaft statt. Das betrifft die Bereitstellung digitaler Infrastruktur ebenso wie neue Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz:

- Teilhabe an Bildung, Arbeit und Gesundheit hängt immer mehr von der digitalen Infrastruktur ab. Ihr Ausbau wird maßgeblich durch Telekommunikationsunternehmen geprägt. Sie sind in Verbänden wie BREKO³ und BUGLAS⁴ organisiert. Beide Organisationen waren im Bundestag in der einzigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zum Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitssitze im Jahr

¹ Beining, L., Müller-Eiselt R, Wohlfarth A. 2017: Digitalisierung braucht Engagement: Stiftung Neue Verantwortung e.V.; Bertelsmann Stiftung, Download unter https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/digitalisierung_braucht_engagement.pdf

² <https://www.bitkom.org/Bitkom/Ueber-uns> (abgerufen am 07.02.2019)

³ <https://brekoverband.de/> (abgerufen am 13.3.2019)

⁴ <https://buglas.de/index.php?id=13> (abgerufen am 13.3.2019)

2016⁵ vertreten. Zivilgesellschaftliche Akteure fehlten als Sachverständige⁶.

- Aber nicht nur an der digitalen Basis, sondern auch bei der digitalen Avantgarde – der Entwicklung Künstlicher Intelligenz – mangelt es an Perspektiven aus der Zivilgesellschaft. Im Rahmen der Erarbeitung der nationalen KI-Strategie wurden mehrere Workshops in verschiedenen Ministerien durchgeführt. Es dominierten wirtschaftliche Interessen und ethische Fragen blieben unterbelichtet – gerade an dieser Stelle ein schweres Versäumnis.⁷

Um eine sozial und ökologisch nachhaltige Digital- und Technologiepolitik umzusetzen, sind Politik und Verwaltung darauf angewiesen, eng mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Denn nur in einem fortlaufenden Zusammenspiel unterschiedlicher Perspektiven können Risiken neuer Technologien für unsere Gesellschaft und für unsere Umwelt minimiert und Chancen bestmöglich genutzt werden. Allerdings hat die Zivilgesellschaft gerade selbst mit den digitalen Veränderungen zu kämpfen und braucht dabei Unterstützung. Deshalb sollten Politik und Verwaltung gemeinnützige Akteure bei ihrem Wandel aktiv fördern und gleichzeitig viel stärker einbinden, um politische Meinungsbildungsprozesse und den digitalen Wandel in der Gesellschaft insgesamt erfolgreicher zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Robert Bosch Stiftung, die Bertelsmann Stiftung, PHINEO und die Stiftung Neue Verantwortung zusammengetan, um zunächst das bestehende zivilgesellschaftliche Engagement zu sichten und im Anfang 2019 erschienenen Report „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“ sichtbar zu machen.⁸ Dabei ließen sich drei Gruppen engagierter zivilgesellschaftlicher Gruppen unterscheiden. Erstens: Digitale Spezialisten, für die neue Technologien wie das Internet und deren sozialen Auswirkungen Anlass für ihre Gründung waren. Hierzu zählen Organisationen wie netzpolitik.org e.V.⁹ oder Digitale Gesellschaft e.V.¹⁰. Zweitens: Digitale Pioniere, also Organisationen aus der klassischen Zivilgesellschaft, für die Digitalisierung ein neues Thema bedeutet und die bereits erste Erfahrungen in bestimmten Projekten gesammelt haben. Beispiele hierfür sind die Körber Stiftung oder das Deutsche Rote Kreuz e.V. Die dritte Gruppe bilden die Digitale Novizen: Organisationen, die Digitalisierung bislang vor allem als Instrument nutzen, um die Kommunikationsarbeit oder die Arbeitsabläufe der eigenen Organisation zu verbessern – immer noch ein Großteil der Zivilgesellschaft.

Die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft reichen von Beharrungskräften, die in Kultur und Haltung der Organisationen verankert liegen, bis hin zu mangelnden Kompetenzen und Ressourcen. Ansätze, wie zivilgesellschaftliche Akteure diese Hürden überwinden können, sind

⁵ https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse18/a15/oeffentliche_anhoerungen/070-sitzung-inhalt-424132 (abgerufen am 13.3.2019)

⁶ https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse18/a15/oeffentliche_anhoerungen/070-sitzung-stellungnahmen-424182 (abgerufen am 13.3.2019)

⁷ https://m.tagesspiegel.de/wirtschaft/strategie-kuenstliche-intelligenz-armutszeugnis-fuer-karliczek-und-baer/23162438.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.linkedin.com%2Ffeed%2F (abgerufen am 07.02.2019)

⁸ Rassmussen, W. „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“, PHINEO gAG, https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/digitalisierung_braucht_zivilgesellschaft1.pdf

⁹ <https://netzpolitik.org/> (abgerufen am 18.03.19)

¹⁰ <https://digitalegesellschaft.de/> (abgerufen am 18.03.19)

in dem Impulspapier „Digitalisierung braucht Engagement“¹¹ aufgezeigt, das in einem gemeinsamen Projekt der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Neue Verantwortung entstanden ist.

Das vorliegende Papier ist ein Diskussionsbeitrag zur Frage, was Politik und Verwaltung tun können, damit gesellschaftlich engagierte Vereine, Stiftungen oder Initiativen langfristig eine stärkere Stimme in digital- und technologiepolitischen Debatten einnehmen können. Wir richten dabei den Blick auf die Förderung (Teil A) und politische Beteiligung (Teil B) von Zivilgesellschaft.

¹¹ Beining, L., Müller-Eiselt R., Wohlfarth A. 2017: Digitalisierung braucht Engagement: Stiftung Neue Verantwortung e.V.; Bertelsmann Stiftung, Download unter https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/digitalisierung_braucht_engagement.pdf

A: Förderung von Zivilgesellschaft im digitalen Wandel

So unterschiedlich die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Akteure ist, so verschieden sind auch ihre Förderbedürfnisse. Im Folgenden werden erste Ideen angerissen, wie der Dritte Sektor im digitalen Wandel gefördert werden kann. Die Ideen lassen sich dabei auf die bereits oben erläuterten und hier noch einmal grafisch dargestellten Gruppen zuordnen.

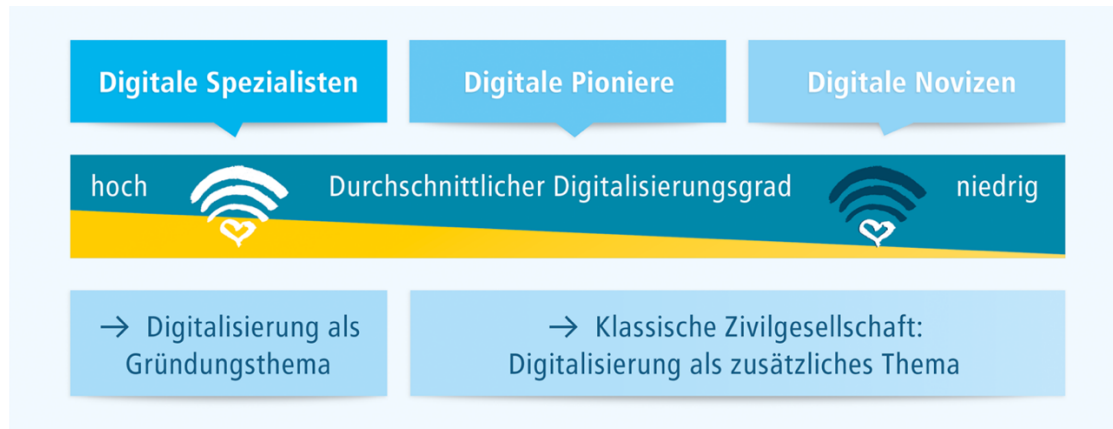


Abbildung 1: Überblick digitale Zivilgesellschaft¹²

Die ersten vier der folgenden Vorschläge helfen allen Organisationen, die sich zu digitalen Themen engagieren. Mit den Vorschlägen 5 und 6 könnte die öffentliche Hand insbesondere Pioniere und Novizen in ihren Veränderungsprozessen unterstützen. Der Vorschlag 7 bezieht sich vor allem auf die Spezialisten, die seit Jahren wichtige Arbeit leisten, dabei aber stets in existenziellen Sorgen leben.

1. Transparenz über öffentliche Fördermittel schaffen

Die Förderung von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement ist auf Bundesebene eine Querschnittsaufgabe, die ressort- und themenübergreifend verfolgt wird. Zurzeit adressiert der Bund die Digitalisierung vor allem punktuell durch einige kleinere Einzelmaßnahmen. Davon profitieren bislang vorwiegend etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Zugang zu Fördermitteln ist für neue Akteure wie auch für die Digitalen Spezialisten schwierig. Es gibt weder eine Übersicht über die Förderprogramme, noch über die Höhe der Mittel.¹³ Hier braucht es dringend mehr Transparenz.

¹² Rasmussen, W. „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“, PHINEO gAG, https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/digitalisierung_braucht_zivilgesellschaft1.pdf, S. 11

¹³ Vgl. dazu ResaMohabbat Kar, Stephan Peters, Lisa Bieker, Julian Fischer, „Digitales Engagement. Analyse der Förderprogramme auf Bundesebene“, betterplace lab, Wikimedia Deutschland, Kompetenzzentrum Öffentliche IT, 2017 <https://www.oeffentliche-it.de/documents/10181/14412/Digitales+Engagement+-+Analyse+der+F%C3%B6rderprogramme+auf+Bundesebene> (abgerufen am 14.03.19)

2. Bestehende Förderrichtlinien neu ausrichten

In den bestehenden Förderrichtlinien sind die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu wenig berücksichtigt. Zwar hat sich Bundesfamilienministerin Giffey dieses Themas bereits angenommen und nimmt mit dem dritten Engagementbericht das Engagement junger Menschen im digitalen Zeitalter in den Blick. Innerhalb dieses Engagementberichts sollen auch die Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geprüft werden.¹⁴ Die Förderrichtlinien der anderen Ministerien werden immer dann geprüft, wenn eine bestehende Richtlinie ausläuft. Doch ist es sinnvoll, wenn jedes Ministerium bei der Überprüfung einzeln vorgeht? Ein systematischer Austausch zur Überarbeitung der Förderpolitik zivilgesellschaftlichen Engagements im digitalen Wandel über die Ministerien hinweg würde helfen, Förderzwecke, -instrumente und -verfahren auszurichten, bzw. dafür neu zu formulieren.

3. Gemeinnützigkeitsrecht ans digitale Zeitalter anpassen

Mit Blick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es formale Hindernisse, die Stiftungen und andere gemeinnützige Organisationen davon abhalten, Digitalisierung in ihre Themen- und Förderportfolios aufzunehmen. Neben der zeitgemäßen Interpretation bestehender Statuten gilt es hier insbesondere, gemeinnützigkeitsrechtliche Instrumente wie die Abgabenordnung hinsichtlich der dort niedergelegten gemeinnützigen Zwecke zu ergänzen.

4. Innovative Förderinstrumente ausbauen

Neue Technologien bieten die Chance, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Zudem gibt es eine wachsende Anzahl an Informatiker:innen und Kreativen, die einen expliziten gesellschaftlichen Beitrag leisten möchten. Entstanden ist dabei der Begriff Civic Technology. Civic Technology steht für technische Konzepte, die Engagement und Beteiligung von Bürger:innen stärken. Schwerpunkte bilden die Schaffung von Kommunikationsplattformen und die Verbesserung öffentlicher Infrastrukturen.¹⁵ Ein Beispiel hierfür ist das Projekt Syrian Archive¹⁶, eine Online-Plattform, die Augenzeug:innenberichte aus Syrien sammelt, überprüft und einheitlich kodiert. Dies soll Journalist:innen, Aktivist:innen und internationalen Menschenrechtsorganisationen dabei helfen, verlässliche und visuelle Beweise für ihre Berichterstattung zu finden. Ein weiteres Beispiel ist Foodsharing¹⁷, eine gemeinnützige Initiative, die sich gegen Lebensmittelverschwendung einsetzt. Die Online-Plattform und die dazugehörige mobile App organisiert Ehrenamtliche und ermöglicht Nutzer:innen, ihre überschüssigen Lebensmittel einfach weiterzugeben.

¹⁴ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr-franziska-giffey-beauftragt-dritten-engagementbericht/130384> (abgerufen am 16.02.2019)

¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Civic_Technology (abgerufen am 15.02.2019)

¹⁶ [Syrianarchive.org/en](https://syrianarchive.org/en) (abgerufen am 18.03.2019)

¹⁷ <https://foodsharing.de/> (abgerufen am 18.03.2019)

Dass es sinnvoll ist, technische Innovationen öffentlich zu fördern, die gesellschaftliche Probleme lösen und dabei gleichzeitig neue Engagementformen hervorbringen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits erkannt und mit der Open Knowledge Foundation¹⁸ ein neues Förderprogramm entwickelt. Mit dem Prototype Fund¹⁹ werden innovative Open-Source-Projekte in den Bereichen Civic Tech, Data Literacy, Datensicherheit und Software-Infrastruktur unterstützt.

Der Prototype Fund ist ein guter Anfang für innovative Förderpolitik, reicht aber noch lange nicht aus. Die Herausforderung bei der Förderung sozialer Innovationen ist ihre große Bandbreite an Themen und Problemen, die sich jenseits von Ressortzuschnitten auf alle Ministerien verteilen. Hier ist deutlich mehr Dialog und Zusammenarbeit zwischen den Ministerien nötig, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam zu beraten, welche konkreten Ideen wie umsetzbar sind. Dabei wäre es möglich, sowohl sektorspezifische als auch übergreifende Innovationen durch flexible Instrumente wie einen öffentlichen Innovationsfonds zu fördern.

5. Strategieprozesse fördern

Dass sich zivilgesellschaftliche Akteure bislang so wenig in politische und öffentliche Diskussionen einbringen, hat auch damit zu tun, dass sich viele Organisationen kaum strategisch mit der Digitalisierung auseinandersetzen können. Gefördert werden vor allem zeitlich begrenzte Projekte – durch sogenannte Projektmittel. Die Konzentration auf das Abarbeiten von Projekten führt häufig dazu, dass Zeit und finanzielle Mittel fehlen, um sich strategischen projektübergreifenden Fragen zu widmen. Gebraucht werden finanzielle Mittel, damit gemeinnützige Organisationen sich unabhängig von den Projekten mit der Digitalisierung beschäftigen und dazu Expertise aufbauen oder einkaufen können. Strategische Fragen sind beispielsweise: Wie verändern digitale Technologien mein Arbeitsgebiet, meine Zielgruppen und die Bedarfe meiner Zielgruppen? Bringt die Digitalisierung neue Akteure mit sich, die ich in meine Arbeit einbeziehen muss, zum Beispiel die Anbieter digitaler Plattformen? Oder bringt die Digitalisierung ganz neue Themen mit sich, wie beispielsweise die Wahrung von Grundrechten im digitalen Raum?²⁰

In den vielen Gesprächen mit Vertreter:innen aus verschiedenen Ministerien²¹ während der Erarbeitung des Reports und dieses Diskussionspapiers ist deutlich geworden, dass die Notwendigkeit der strategischen Organisationsentwicklung erkannt und die Einschätzung geteilt wurde, dass es nicht reicht, einzelne Projekte zu fördern, sondern Organisationen und deren Strategie als Ganzes in den Blick zu nehmen. Öffentliches Fördergeld, das sich dafür eignen würde, sind zum Beispiel die Mittel in Höhe von neun Millionen Euro pro Jahr für den Schwerpunkt Digitalisierung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einst

¹⁸ <https://okfn.de/> (abgerufen am 24.06.2019).

¹⁹ <https://prototypefund.de/> (abgerufen am 15.02.2019)

²⁰ Ein Beispielprojekt ist die Digital Charta der ZEIT Stiftung <https://www.zeit-stiftung.de/projekte/buceriustlab/digitalcharta> (abgerufen am 15.02.2019).

²¹ Im Erstellungsprozess des Reports "[Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft](#)" wurden Gespräche mit Mitarbeiter:innen aus verschiedenen Bundesministerien geführt. Darunter das BMBF, BMI, BMF. (abgerufen am 15.02.2019).

für die Deutsche Engagement Stiftung im Bundeshaushalt geplant wurden.²² Es ist allerdings bislang unklar, ob und wie diese ohnehin vergleichsweise knapp bemessenen Gelder noch im Jahr 2019 und darüber hinaus fließen werden.

6. Technologiekompetenz im Dritten Sektor aufbauen

Ein weiterer Ansatz zur strategischen Auseinandersetzung des Dritten Sektor mit der Digitalisierung ist die gezielte Förderung von Personen, die ihre Digitalkompetenzen in zivilgesellschaftliche Organisationen einsetzen und in der konkreten Anwendung von Technologien helfen, Kompetenzen aufzubauen. Ein Beispiel dafür wären Datenanalytist:innen, die ermöglichen, Daten zu nutzen, Prozesse effizienter zu gestalten, Zielgruppen besser kennenzulernen oder Ressourcen besser zu verteilen. Es gibt Akteure, die diese Idee bereits umsetzen, wie beispielsweise Correlaid e.V.²³ oder Youvo e.V.²⁴ Ohne öffentliche Gelder ist allerdings fraglich, ob solche Organisationen ihre gemeinnützigen Leistungen langfristig anbieten können. Eine weitere Möglichkeit, digitale Kompetenzen in die Organisationen zu bringen, um mit den Technologien zu experimentieren, ist die Einbindung von jungen Menschen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, der in diese Richtung weiterentwickelt werden könnte.

Technologiekompetenzen sollten aber auch direkt bei Mitarbeiter:innen von gemeinnützigen Organisationen aufgebaut werden. Damit entsprechende Weiterbildungsangebote auch von gemeinnützigen Organisationen wahrgenommen werden können, gilt es, diese gezielt zu fördern und übersichtlich darzustellen. Einen Vorstoß in diese Richtung hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zusammen mit betterplace.org²⁵ unternommen. Noch in diesem Jahr soll eine Academy entstehen, die soziale Organisationen dabei unterstützt, ihre Wirkung durch digitale Technologien zu (ver-)stärken. Dafür bietet die Academy über eine Online-Learning-Plattform Zugang zu digitalen Lehrmaterialien und Webinare sowie "analoge" Lehrveranstaltungen wie Workshops und individuelle Beratung. Mit dem Projekt „D3-so-geht-digital“ der Stiftung Bürgermut fördert das BMI zudem Vernetzung und Peer-to-Peer-Learning gemeinnütziger Organisationen.²⁶ Wichtig hierbei ist, die vielen Angebote miteinander zu vernetzen sowie zu strukturieren und dauerhaft anzubieten, sodass möglichst viele gemeinnützige Organisationen möglichst lange davon profitieren können.

Neben den Weiterbildungsangeboten wäre auch der Aufbau von sogenannten Shared Services erstrebenswert. Dahinter steckt die Idee, eine Plattform aufzubauen, die Software (vorzugsweise open source) für klassische Anwendungsfälle in der Zivilgesellschaft sehr kostengünstig oder kostenlos anbietet, sowie Anleitungen zur Umsetzung der DSGVO. Treiber dieser Idee sind momentan der Bundesverband Deutscher Stiftungen zusammen mit der ZEIT-Stiftung.

²² <https://www.aktive-buergerschaft.de/ausgestaltung-der-deutschen-engagement-stiftung/> (abgerufen am 13.03.19)

²³ <https://correlaid.org/> (abgerufen am 13.03.19)

²⁴ <https://www.youvo.org/> (abgerufen am 13.03.19)

²⁵ <https://www.betterplace.org> (abgerufen am 13.03.19)

²⁶ <https://so-geht-digital.de/> (abgerufen am 13.03.19)

7. Digitale Spezialisten stärken

Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Digital- und Technologiepolitik braucht Verwaltung und Politik mehr Expertise, Ideen und Inspiration aus dem gemeinnützigen Sektor. Es gibt noch immer nur eine kleine Anzahl an zivilgesellschaftlichen Digitalen Spezialisten, die das leisten kann.

Damit diese Akteure auf Dauer bestehen und auch anderen gemeinnützigen Organisationen helfen können, ihre Stimme in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion zu finden, braucht es öffentliche Förderung. Geld mit dem nicht nur Projektkosten, sondern auch Organisationskosten, wie Mieten, professionelles Finanzwesen und vor allem politische Arbeit, wie zum Beispiel das Vorbereiten von Beiträgen für eine Anhörung im Bundestag, getragen werden können. Die oft sehr schmale Verwaltungspauschale, die bei der Finanzierung von einzelnen Projekten ausweisbar sind, reichen hierfür nicht aus.

Bislang deutlich aktiver als die öffentliche Hand in der finanziellen Unterstützung sind Unternehmen. Es gibt viele Unternehmensinitiativen, die Digitale Spezialisten in ihrer innovativen Arbeit unterstützen, wie beispielsweise digital.engagiert²⁷, ein Förderprogramm von Amazon und des Stifterverbands sowie die Google Impact Challenge.²⁸ Unternehmen haben dabei vor allem das Ziel, soziale Innovationen zu fördern – um die Entwicklung einer starken gemeinwohlorientierter Stimme im politischen und gesellschaftlichen Diskurs geht es dabei nicht. Für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zum digitalen Wandel braucht es aber gerade ebendiese, um die Perspektive der Privatwirtschaft nicht unhinterfragt zu lassen.²⁹

Auch der deutsche Stiftungssektor fördert derzeit die Digitalen Spezialisten sowie ihrer politischen Arbeit nur in kleinem Umfang, und vor allem nicht institutionell. Das liegt zum Teil darin begründet, dass auch viele Stiftungen lieber Projekte als ganze Organisationen unterstützen. Darüber hinaus gibt es bei den Stiftungen eine große Zurückhaltung, politische Arbeit zu finanzieren, was durch Aberkennung des gemeinnützigen Status von Attac³⁰ weiter verstärkt wurde. Auch hier gilt die oben genannte Forderung, das Gemeinnützigkeitsrecht zu prüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Viele der fördernden Stiftungen sind zudem selbst gerade damit beschäftigt, sich der Frage zu stellen, welche Rolle neue Technologien in ihrer Ausrichtung, Zielgruppen und den konkreten Projekten spielen. Das führt zu eigenen Strategieprozessen, die in vielen Fällen noch andauern und das Fördern von Digitalen Spezialisten bislang nur kaum ermöglichen.

²⁷ <https://www.digitalengagiert.de/> (abgerufen am 14.03.2019)

²⁸ <https://impactchallenge.withgoogle.com> (abgerufen am 14.03.2019)

²⁹ Mehr dazu in Joana Breidenbach, „Civil Society Values in Digital Society - How are technology companies influencing the work of NGOs and how can civil society values - so crucial for a healthy society and democracy—be sustained and updated for the digital age?“, Dezember 2018 <https://medium.com/betterplace-lab/civil-society-values-in-digital-society-78394f7fe478> (abgerufen am 15.02.2019)

³⁰ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/attac-finanzgerichtshof-101.html> (abgerufen am 24.06.2019).

Um eine Finanzierung über Sektorengrenzen hinweg zu ermöglichen, um damit Förderern den Einstieg in digitale Themen zu erleichtern und um den Geförderten langfristig eine höchstmögliche Unabhängigkeit über Sektorengrenzen hinweg zu schaffen, könnte die Idee eines Fonds geprüft und weiterentwickelt werden, in den fördernde zivilgesellschaftliche Akteure, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft einzahlen und der von einer unabhängigen und überparteilichen Organisation gemanagt wird.

In der Förderung von Zivilgesellschaft im digitalen Wandel zeigt sich anhand der Vorschläge, dass es nicht nur um ein „Mehr“ an Projekten und Organisationen geht, sondern auch um die Frage, welche Position gemeinwohlorientierte Akteure heute schon einnehmen können. In Zeiten, die nicht nur von technologischen, sondern auch von politischen Veränderungen geprägt sind, ist Vielfalt enorm wichtig für die Funktionsweise einer lebendigen und wehrhaften Demokratie. Die skizzierten Vorschläge haben also eine hohe Bedeutung und sollten als Bausteine in eine Digitalpakt Zivilgesellschaft münden.

B: Beteiligung von Zivilgesellschaft im digitalen Wandel

Damit der digitale Wandel der Gesellschaft gelingt, müssen Politik und Verwaltung alle relevanten Perspektiven und Positionen einbeziehen. Für gute und nachhaltige politische Lösungen brauchen Politik und Verwaltung deshalb neben der Expertise aus Wirtschaft und Wissenschaft vor allem auch jene aus der Zivilgesellschaft. Bislang findet der Austausch zwischen Politik und Verwaltung einerseits und zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits zu wenig statt. Im Folgenden werden Ideen skizziert, um das zu verbessern.

1. Konsultationsverfahren verbessern

Die klassischen Konsultationsformate sowohl online als auch offline müssen überarbeitet werden. Oft finden Beteiligungsverfahren im politischen Entscheidungsprozess zu spät statt. Das gibt ihnen eher den Anschein eines Feigenblatts als einer ernstzunehmenden Beteiligung. Die Anhörungen in den Ausschüssen des Bundestags sind oft als reine Vortragsformate konzipiert, in der die Sachverständigen hintereinander ihre Positionen vorstellen. Eine übergreifende und ergebnisoffene Debatte, die bei der Abwägung der unterschiedlichen Positionen helfen könnte, findet nicht statt. Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Diversität unter den Teilnehmenden. Grund dafür ist unter anderem das Problem, dass gemeinnützige Akteure im Gegensatz zu Unternehmenslobbyisten nicht die Ressourcen und oft auch nicht die nötige Erfahrung haben, solche Anhörungen adäquat vorzubereiten.

Des Weiteren wird als Hinderungsgrund auch genannt, dass die zivilgesellschaftlichen Expert:innen nicht auffindbar sind und damit nicht eingeladen werden können. Abhilfe dazu kann in Teilen der bereits erwähnte Report zur digitalen Zivilgesellschaft schaffen, aber auch digitale Angebote selbst können helfen, Akteure zu identifizieren. Über Kanäle wie Twitter lassen sich zwar keine differenzierten Diskussionen führen, man kann aber herausfinden, welche Menschen sich für bestimmte Themen interessieren und dazu einbringen.

Damit bestehende Beteiligungsmöglichkeiten verbessert und von der Zivilgesellschaft stärker genutzt werden, müssen Politik und Verwaltung bei deren Weiterentwicklung aktiv auf zivilgesellschaftliche Akteure zugehen und sie einbinden.

2. (Mehr) Zivilgesellschaftliche Vertreter:innen in Expert:innenbeiräte berufen

Zivilgesellschaftliche Akteure fehlen nicht nur in den Konsultationsprozessen, sondern auch in den Expert:innengremien, die im Zuge der wachsenden Bedeutung von Technologiepolitik auf Initiative der Bundespolitik entstanden sind. Prominentes Beispiel dafür ist der im Herbst 2018

einberufene Digitalrat der Bundesregierung.³¹ Auch hier ist die Zivilgesellschaft nicht vertreten.³² Politik und Verwaltung sollten sich verpflichten, keine digitalpolitischen Gremien mehr ohne Beteiligung des Dritten Sektors zu gründen – und alle Gremien ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung zügig um diese zentrale Perspektive zu ergänzen.

3. Transparenz über politischen Meinungsbildungsprozess schaffen

Voraussetzung für Teilnahme an politischen Diskussionen zum digitalen Wandel ist das Wissen um politische Meinungsbildungsprozesse. Eine weitere Forderung, die mit dem Thema Transparenz eng verknüpft ist, ist die Forderung nach offenen Verwaltungsdaten, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten können, um soziale Probleme mittels innovativer Technik zu lösen. Mit ihrem Beitritt zur Open Government Partnership (OGP) hat die Bundesregierung 2016 bereits unter Beweis gestellt, dass sie diese Idee unterstützt. Die Open Government Partnership Initiative ist eine internationale Initiative, die 2011 in den USA gegründet wurde und die sich zum Ziel setzt, Transparenz, Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung in Form von nationalen Aktionsplänen zu entwickeln und regelmäßig Revisionsprozesse durchzuführen. Zivilgesellschaft wurde bei der Erarbeitung des Aktionsplans aktiv eingebunden.³³ Es bleibt abzuwarten, welche Teile des Plans auch tatsächlich realisiert werden. In jedem Fall reicht der Beitritt zur OGP nicht aus, um mehr Transparenz über die politischen Meinungsbildungsprozesse zu schaffen. Grundlegend ist die Entwicklung und das Leben einer politischen Kultur in der öffentlichen Verwaltung, aus der die Bedeutung des Austausches mit gemeinwohlorientierten Akteuren hervorgeht und die aktiv die Rahmenbedingungen dafür schafft.

4. Sektorübergreifende Lern- und Austauschräume schaffen

Dass sich zivilgesellschaftliche Akteure weniger aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbringen, liegt auch daran, dass sie relevante Verfahren und Akteure nicht kennen. Vertreter:innen von Politik und Verwaltung wiederum fehlt oft der Überblick über die Akteure, die sich zu digitalen Themen engagieren. Es braucht also Räume, die gegenseitigen Austausch ermöglichen. Neben der re:publica, die sich inzwischen zur größten Digitalkonferenz Deutschlands entwickelt hat, ist der Digital Social Summit³⁴ ein weiteres Beispiel, der im Februar 2019 in Berlin auf Initiative von BMI, Robert Bosch Stiftung, ZiviZ, BMFSFJ, Stiftung WHU³⁵, Betterplace Labs³⁶ sowie der Stiftung Bürgermut³⁷ erstmals durchgeführt wurde. Für diese Räume wäre eine noch höhere Beteiligung von Expert:innen parteiübergreifend aus Politik und Verwaltung wünschenswert.

³¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digital-made-in-de/der-digitalrat-experten-die-uns-antreiben-1504866> abgerufen am 15.02.2019

³² Siehe dazu auch Dachwitz, Ingo: „Digitalrat: Diese zehn sollen Merkmals verkorkste Netzpolitik retten“, www.netzpolitik.org, August 2018 <https://netzpolitik.org/2018/digitalrat-diese-zehn-sollen-merkels-verkorkste-netzpolitik-retten/> (abgerufen am 14.03.2019)

³³ Vgl. <https://opengovpartnership.de/nationaler-aktionsplan/> (abgerufen am 14.03.2019)

³⁴ <https://digital-social-summit.de/> (abgerufen am 15.02.2019)

³⁵ <https://www.whu.edu/de/die-whu/stiftung-whu/> (abgerufen am 14.03.2019)

³⁶ <https://www.betterplace-lab.org/de/> (abgerufen am 15.02.2019)

³⁷ <https://www.buergermut.de> (abgerufen am 15.02.2019)

Ein weiteres Format, bei dem vor allem öffentliche Verwaltung von digitalen Expert:innen lernen kann, sind sogenannte Hackathons. Coding da Vinci³⁸ etwa ist ein Hackathon für offene Kulturdaten, in dem technikaffine und kulturbegeisterte Communities mit deutschen Kulturinstitutionen zusammenarbeiten, um das kreative Potenzial des digitalen Kulturerbes weiter zu entfalten. Spannend wäre es, dieses innovative Zusammenspiel von digitaler Zivilgesellschaft und etablierten Institutionen in die Arbeit der öffentlichen Verwaltung zu übertragen. Der experimentelle und ergebnisoffene Prozess ist dabei sicherlich eine Herausforderung und gleichzeitig eine große Chance. Aktuell testet das BMFSFJ das Format zum Thema Chancen der Digitalisierung³⁹

5. Bürger:innenbeteiligungsformate entwickeln und durchführen

Neben der Einbindung von organisierten zivilgesellschaftlichen Akteuren bieten sich auch Bürger:innenbeteiligungsverfahren an, um gemeinwohlorientierte Perspektiven in den digitalpolitischen Diskurs einzubeziehen. Ein aktuelles Beispiel wurde von Involve und DeepMind durchgeführt, die in einem Beteiligungsprozess im Vereinigten Königreich der Frage nachgingen, wie Künstliche Intelligenz bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen genutzt werden kann und wo ethische Grenzen bestehen.⁴⁰ Themen mit individueller Betroffenheit der Bürger:innen bieten sich für solche Prozesse besonders an, etwa im Bereich der Algorithmenethik oder bei der Abwägung zwischen Datenschutz und Sicherheit.

³⁸ <https://codingdavinci.de/> (abgerufen am 15.02.2019)

³⁹ <https://www.innovationsbuero.net/chancen-hackathon/> (abgerufen am 21.06.2019)

⁴⁰ Der ausführliche Report ist als Download unter folgender Adresse verfügbar: <https://www.involve.org.uk/sites/default/files/field/attachemnt/How%20to%20stimulate%20effective%20public%20debate%20on%20the%20ethics%20of%20artificial%20intelligence%20.pdf> (abgerufen am 14.03.2019)

Fazit

Um eine gesellschaftlich und ökologische nachhaltige Technologie- und Digitalpolitik zu gestalten, müssen zivilgesellschaftliche Stimmen gestärkt werden. Das Dilemma hierbei ist die Geschwindigkeit des technologischen Wandels und die bislang mangelnde Agilität und Dynamik im öffentlichen und im Dritten Sektor. Um das zu beheben, braucht es innovative Ideen und den Mut, sie auch in die Tat umzusetzen und Risiken in Kauf zu nehmen.

Mit Blick auf die finanzielle Förderung digitaler Zivilgesellschaft liegt die Priorität darin, gemeinnützigen Organisationen zu ermöglichen, sich strategisch mit den Themen der Digitalisierung auseinanderzusetzen. Dies umfasst auch die Stärkung Digitaler Spezialisten, die als Leuchttürme vorangehen und damit als Orientierung und als Gesprächspartner:innen für andere Engagierte dienen können. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft stärker zu Kooperationen zu motivieren. Hierzu muss die öffentliche Hand auf einem Markt, auf dem bislang um öffentliche Gelder konkurriert wurde, Anreize schaffen.

Mit Blick auf die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure steht die Überarbeitung alter und die Suche neuer Beteiligungsformate in den politischen Meinungsfindungsprozess an erster Stelle. Eine Chance besteht hierbei vor allem darin, gemeinsame Lernräume zu öffnen und zu nutzen. Wichtiger Bestandteil unsere Demokratie ist es, auf der Suche zu sein und nicht immer direkt die Lösungen zu fordern. Um so wichtiger ist dann aber, dass Suchprozesse so gestaltet sind, dass sie möglichst viele Perspektiven berücksichtigen und es nicht um Akzeptanzbeschaffung geht, sondern wirklich um das ergebnisoffene Aushandeln von Ideen und Lösungen. Hier stehen Politik und Verwaltung einerseits und Zivilgesellschaft andererseits in gegenseitiger Hol- und Bringschuld.

Zentral für die Förderung und Beteiligung von Zivilgesellschaft in der Digital- und Technologiepolitik seitens der öffentlichen Hand ist die ressortübergreifende Entwicklung und Abstimmung für konsistentes Regierungshandeln. Digitalisierung als klassisches Querschnittsthema erfordert dabei von allen Beteiligten in besonderem Maße, die eigenen Strukturen zu hinterfragen und, sich auf ministerienübergreifendes und kollaboratives Arbeiten einzulassen. Digitalisierung stellt uns damit alle vor große Herausforderungen und bietet gleichzeitig auch die Chance, in unserer aktuellen Umbruchsituation Demokratie als moderne Gesellschaft aktiv weiterzuentwickeln. Es geht darum, Veränderungen anzustoßen und zuzulassen, Unsicherheiten auszuhalten, Gemeinwohlinteressen zu stärken und Zukunft gemeinsam aktiv zu gestalten.

Nächste Schritte:

Um das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei der Gestaltung des technologischen Wandels möglichst zügig zu verbessern, sollten jetzt folgende Schritte unternommen werden:

1. Zusammenarbeit über Ministerien hinweg stärken

Sowohl für die Förderung als auch für die Beteiligung von Zivilgesellschaft im digitalen Wandel braucht es eine stärkere ressortübergreifende Zusammenarbeit. Den Anfang können einzelne Ministerien in Kooperation machen. Alternativ oder ergänzend könnte das Bundeskanzleramt den Prozess initiieren und begleiten. Auch Stiftungen könnten diese zusammenführende Aufgabe unterstützen und den Prozess begleiten.

2. Diskussion über Förderpolitik mit Förderempfängern anstoßen

In die Weiterentwicklung der Förderung von digitalem Engagement müssen Förderempfänger eingebunden werden, die derzeit an die Grenzen der Förderrichtlinien stoßen. Ebenso sollten digitale zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden werden, die bislang noch keine öffentliche Förderung erhalten haben, grundsätzlich aber in ein neu zu entwickelndes Portfolio passen könnten.

3. Bei der Weiterentwicklung von Konsultationsformaten potentiell beteiligter Akteuren einbeziehen

Es sind vor allem die Digitalen Spezialisten, aber auch gemeinwohlorientierte Verbände unter den Digitalen Pionieren, die jetzt schon einen wichtigen Beitrag für die politische Debatte liefern können. Um diese Stimmen so schnell wie möglich einzubringen, gilt es Vorurteile und Hindernisse abzubauen. Dafür braucht es eine Offenheit, Kompromissbereitschaft und Ehrlichkeit auf beiden Seiten. Ein mögliches konkretes Vorgehen wäre hier ein Workshop mit dem Ziel, sich besser kennenzulernen, bestehende Konsultationsverfahren auf den Prüfstand zu stellen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln.

4. Die Idee des sektorübergreifenden Förderfonds testen und weiterentwickeln

Die Idee eines sektorübergreifenden Fonds zur Förderung von digitalem Engagement besticht alleine schon durch die potentielle Dynamik unter den Förderern. Ein Fonds, der nicht nur öffentliche Mittel behinhaltet, ermöglicht es Politik und Verwaltung offener und freier in Experimente zu investieren. Die Stiftungen können sich in einer solchen Kooperation mutiger und ohne gemeinnützigkeitsrechtliche Zweifel in die gesellschaftliche und politische Diskussion einbringen. Unternehmen bringen technische Expertise und das Wissen um unternehmerische Abhängigkeiten ein, die auch wichtig für die Meinungsfindung und Positionierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren sind. Ein weiteres Argument für eine solche Mischfinanzierung ist, dass die Einflussnahme einzelner Akteure nahezu unmöglich ist und die Förderempfänger gerade im politischen Diskurs unabhängig agieren können. Einen konkreten Anknüpfungspunkt, um einen

solchen Fonds zu testen, bietet der bereits erwähnte Digital Social Summit und sein sektorübergreifender Initiator- und Managementkreis. Hier fehlt nur noch die Wirtschaft.

Autorin

Anna Wohlfarth (Stiftung Neue Verantwortung, e.V.)

Illustrationen

Stefan Schultze (PHINEO gAG)



Hinweis

Dieses Werk unterliegt einer Creative Commons Lizenz (CC BY-SA). Die Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung, Veränderung oder Übersetzung von Inhalten, die mit der Lizenz „CC BY-SA“ gekennzeichnet sind, sowie die Erstellung daraus abgeleiteter Produkte sind unter den Bedingungen „Namensnennung“ und „Weiterverwendung unter gleicher Lizenz“ gestattet.

Ausführliche Informationen zu den Lizenzbedingungen finden Sie hier:

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

